

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1912

130 (7.6.1912) Erstes Blatt

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Badens.

Ausgabe täglich mit Ausnahme Sonntags und der gesetzlichen Feiertage.
Abonnementspreis: Ins Haus, durch Träger zugestellt, monatlich 75 Pf., vierteljährlich 2,25 Mk. In der Expedition und in den Plagen abgeholt, monatlich 65 Pf. Bei der Post bestellt und dort abgeholt 2,10 Mk., durch den Briefträger ins Haus gebracht 2,52 Mk., vierteljährlich

Redaktion: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 481
Sprechstunde nur von 1/2 12—1/2 1 Uhr.
Expedition: Luisenstr. 24, Tel.-Nr. 128
Postfach-Conto Nr. 2650

Inserate: die einspaltige, kleine Zeile, oder deren Raum 20 Pfg. Lokal-Inserate billiger. Bei größeren Aufträgen Rabatt. Schluss der Inseraten-Aufnahme für die nächste Nummer vorm. 1/2 9 Uhr. Größere Inserate müssen tags zuvor, spätestens 8 Uhr nachm., aufgegeben sein. Geschäftsstunden der Expedition: Vormittags 7 bis abends 1/2 7 Uhr.

Druck und Verlag:
Verlagsgesellschaft G. & C. o., Karlsruhe.

Verantwortl. für Leitartikel, Deutsche Politik, Ausland, Bad., Politik, Aus der Partei, Gemerkchaftliches, Neues vom Tage und Letzte Nachrichten: Hermann Kadel; für den übrigen Inhalt: Hermann Winter; beide in Karlsruhe.

Für den Inseratenteil verantwortlich:
Karl Ziegler in Karlsruhe.

Erstes Blatt.

Unsere heutige Nummer umfasst 2 Blätter mit zusammen 10 Seiten.

Ich bin ein Preuze.

Ein Verband schuppreußischer Männer — das ist es, was Preußen nützt, um das am Boden liegende preußisch-partikularistische Empfinden neu beleben und dem Kampfe gegen den politischen Radikalismus einen neuen Impuls zu geben. In der „Kreuzzeitung“ vertritt ein Ungenannter diesen Gedanken und die Redaktion des Blattes stimmt ihm voller Begeisterung zu und erklärt sich bereit, der Gründung einer Preußenvereinigung zur Weckung und Stärkung des preußischen Nationalbewusstseins ihre hilfreiche Hand zu leisten.

Das solche Pläne auftauchen, ist ein Zeichen für die Sorge, die im reaktionären Lager herrscht. So zurecht man auch nach außen hin austritt, man erkennt doch das Anwachsen der antipreussischen Stimmung und möchte nun versuchen, durch ein Zusammenfassen aller vom Geiste rückständigsten Preußentums durchtränkten Kräfte des Beharrens keine Position befestigen, um dann von der preußischen Basis aus gegen das Reich und seine verhassten „demokratischen“ Einrichtungen vorgehen zu können. „Am preußischen Weien“, so dichtet der Kreuzzeitungsman die bekannten Worte Conrad Ferdinand Meyers um, „soll Deutschland gemessen“, und um diese Ehrenbarkeit erfolgreich durchführen zu können, tut es gut, daß die Preußen ihr Staatsangehörigkeitsgefühl nicht durch das Bewußtsein der Zugehörigkeit zum Deutschen Reich lösen lassen. Es muß wieder mehr gelungen werden: „Ich bin ein Preuze“, und die schwarz-weiße Blage ist häufiger hinauszufahren.

Das alles sind alte wohlbekannte Weisen. Als die achtundvierziger Revolution die Herrschaft des Junkertums bedrohte, da schlossen an die „Preußenvereine“ aus dem Boden, die es sich zur Aufgabe machten, gleichzeitig dem Fortschritt im Lande einen Damm zu setzen und die Einigung Deutschlands zu verhindern. Nach dem 18. März hatte Friedrich Wilhelm IV. in seiner Herzensangst unter anderem ja auch davon gesprochen, daß Preußen fortan in Deutschland aufgehen solle und mit der deutschen Hofarke geschmiedet, war er durch die Straßen seiner Hauptstadt geritten. Die Junker, die von dem Zusammenstoß Preukens mit der süddeutschen Staaten eine starke Erschütterung ihrer Machtstellung befürchteten, forgn, daß die schwarz-rot-goldene Epoche schnell zu Ende ging. Des deutschen Volkes Kaiserkrone nannte Leopold II. Gerlach eine „schmutzige, von Revolutionären überreichte, unten wenigstens rotgefärbte Narrenkappe“ und er und seine Spießgesellen brachten es dahin, daß auch der König, als seine schlottende Angst geschwunden war, von der „Schandkrone“ und dem „Salsband der Leibeigenen im Dienste der Revolution“ sprach. Einer der guten Preußen aber, ein Graf Bredler, dichtete einen Hymnus an das preußische Meer, der also anhub:

Wir wollen Preußen bleiben!
Der Teufel hol das Treiben,
Das Deutschland fabriziert
Und Preußen ruiniert.

Die Abneigung gegen das Deutsche Reich ließ die ostelbischen Ritter am Ende der sechziger und zu Anfang der siebziger Jahre ja auch zu ihrem eigenen Fleisch und Blut, dem Fürsten Bismarck, in Opposition treten, und sie gaben sich erst dann mit der Neuordnung der Dinge aufrieden, als sie einfahen, daß dank der preußischen Uebermacht auch in dem neuen Staatsgebilde ihre Interessen wohl gewahrt wären. Aber so ganz haben sie sich mit dem Reich nie versöhnt, und je mehr das entrechtete deutsche Volk in der Lage ist, auf die demokratische Entwicklung des Südens hinzuweisen, für um so dringlicher hält der norddeutsche Adel die stärkere Betonung des Preuentums gegenüber dem Reichsgedanken. Was den Junkern am Reich mißfällt, das drückt ihr Wortführer in der Kreuzzeitung recht hübsch so aus:

Vielleicht wären wir in dem wünschenswerten Somo-genitätsprozeß schon weiter gediehen, wenn nicht die Reichsregierung seiner natürlichen Ausbreitung abträglich gewesen wäre. Namentlich die zuletzt der Monarchie angegliederten Volksstämme wurden der Segnungen der Reichsgründung ohne das Medium organischer preußischer Staatszugehörigkeit und ohne in die preußischen Traditionen hineinzuwachsen zu brauchen, teilhaftig.

Mit anderen Worten: Deutschland wurde zu früh geeinigt. Die Rheinlande, Hannover, Schleswig-Holstein, Hessen und Nassau waren noch nicht verpreußt genug; diese Landesteile fingen an deutsch zu fühlen, ohne zuvor

den „Geist“ des ostelbischen Preuentums eingejogen zu haben. Sie hatten keine preußische Tradition: Die bäuerliche Leibeigenschaft war ihnen unbekannt, sie hatten zum Teil sehr stark unter dem Einfluß der modernen Ideen des revolutionären Frankreichs gestanden, kurz und gut, sie hätten erst noch einige Zeit recht gründlich in die preußische Kautenbehandlung genommen werden müssen, und es war vom Standpunkt reaktionärer Junkerinteressen ein äußerst bedenkliches Experiment, daß man ihnen die Möglichkeit gewährte, sich über das niederdrückende Gefühl, auf Gedeih und Verderb mit dem verstopft-bureaucratischen, laubstod-steifen Preuken verbunden zu sein, durch das Bewußtsein der Zugehörigkeit zum Deutschen Reich hinwegzutröten zu können.

Dies Bewußtsein hat — das scheinen die Kreuzzeitungsleute nicht genügend zu berücksichtigen — auf der anderen Seite aber auch dazu beigetragen, daß in den neupreussischen Landesteilen der Widerspruch gegen die ostelbische Gewalttätigkeit nur sehr matt zum Ausdruck kam. Der Bourgeoisie waren durch das Reich gute Geschäfte garantiert, und da außerdem ihr politischer Ehrgeiz gering war, ließ und läßt sie es sich bis zum heutigen Tage gefallen, daß sie in Preuken von einer Hand voll Großgrundbesitzern beherrscht wird, ja in ihrer Angst vor den Ansprüchen des Proletariats ist sie sogar bereit, diese Herrschaft zu sichern zu helfen. Was die guten preußischen Patrioten also in Wirklichkeit fürchten, ist nicht sowohl das geringe Staatszugehörigkeitsgefühl der nicht homogenen Provinzen, sondern die steigende Macht der durch keine historisch-dynastischen Grenzlinien gespaltenen und gebremsten Arbeiterbewegung. Gegen die sollen sich die ost-preussischen Männer zusammenschließen. Es handelt sich um die Verteidigung der berechtigten preußischen Eigentümlichkeiten vor allen Dingen des Wahl-systems. Dem preußischen Schwarz-Bundert soll die Aufgabe zufallen, die Demokratisierung des Staatswesens zu verhindern, und dann, wenn es in den Kämpfen im eigenen Lande siegreich bleibt, das Reich noch mehr unter die preußische Fuchtel zu bringen und ihm noch mehr den Charakter eines erweiterten Preuken aufzudrücken als es schon heute der Fall ist.

Das es den Urhebern dieses Planes nicht an der nötigen Entschlossenheit fehlt, alles zu tun, was seinem Erfolge dienen kann, dürfen wir ohne weiteres voraussetzen, und das hysterische Geschrei, das sich nach der Scheidemannrede auch in weiten Kreisen des Bürgertums erhoben hat, ist uns ein Beweis dafür, daß es dort Gimpel in Hülle und Fülle gibt, die auf den patriotischen Weim der Junker geben. Dennoch aber werden die preußischen Nachahmer des Kuffen Juristikowitz sich verpfeulieren. Wenn es wahr ist — und es ist wahr —, was das gereifte Herz des Mitarbeiters der „Kreuzzeitung“ beklagt, daß Preuken Ansehen im Reich und im Ausland außerordentlich gering sei, so läßt sich das gesunkene Renommee am allerwenigsten durch den Verzicht heben, das Preuentum noch zu überpreuken. Ein mißachtetes, verpottetes und verlästertes Preuken aber kann auf die Dauer keinen beherrschenden Einfluß in Deutschland ausüben. Wer Preuken wirklich erhöhen will, der muß in Gemeinschaft mit dem preußischen Proletariat den umgekehrten Weg gehen. Dieses Land kann nur wieder zu Achtung gelangen, wenn seine „Patrioten“ aufs Haupt geschlagen sind.

Die „Kreuzzeitung“ wünscht, daß die Zeit kommen möge, in der das Bekenntnis „Ich bin ein Preuze“ eine ebenso stolze Bedeutung haben möge, wie ehemals das römische Wort „Ich bin ein römischer Bürger“. Den Wunsch haben wir auch. Nur ist die erste Vorbedingung zu seiner Erfüllung, daß der Preuze aus seinem rechtlosen Untertanenverhältnis befreit und zu einem vollberechtigten Staatsbürger wird.

Die Christen gegen den Papst.

Der Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften hat gegen die katholischen Arbeitervereine (Sitz Berlin) eine Protesterklärung erlassen, deren Spitze sich gegen keinen andern als gegen den Papst richtet. Der Gesamtverband nennt die Huldigungsadresse der Berliner an den Papst, die zu der bekannten begeisterten Sympathieerklärung des Vatikans mit gleichzeitiger scharfer Verwarnung der Christlichen geführt hat, die Krönung eines jahrelangen Verleumdungsfeldzugs. Noch nie sei das Oberhaupt der katholischen Kirche über das Wesen und den Charakter der christlichen Arbeiterbewegung sich mählicher hintergangen worden, als in dieser Huldigungsadresse. So greift man den Sitz Berlin an — aber den Papst meint man. Denn wenn es wahr ist, daß die Behauptungen der Berliner Verleumdungen sind, daß der Papst schmächtig hintergangen wurde, nun, dann hat der Träger der unfehlbaren Lehrgewalt sich eben schmächtig hintergehen lassen, hat er Verleumdungen bereitwillig sein Ohr geliehen und sich selber zu ihrem Träger gemacht!

Im Sinne der christlichen Protestkundgebung sagte auch der Herausgeber der „Tremonia“, Herr Leusing, auf dem Verbandsfest der katholischen Vereine Dortmunds, man habe an die Ehre der 310 000 katholischen Arbeiter ge-griffen, die den christlichen Gewerkschaften angegliedert sind, man habe die Ehre der mehr als 2000 geistlichen Präsidenten dieser Arbeitervereine angetastet und sogar den Vorwurf der Willkürgeissenheit gegen die 19 Bischöfe erhoben, mit deren Bereitwilligkeit und Ermunterung die katholischen Arbeitervereine ihre Mitglieder den christlichen Gewerkschaften zuführten. Aber diese Vorwürfe und Angriffe sind ja auch von Geistlichen, wie Meyer und Journelle, erhoben worden, und der Papst hat sie sich, indem er der Anklageschrift gegen die Christen in vollem Umfang beipflichtete, zu eigen gemacht. Also 310 000 katholische Arbeiter, 2000 katholische Geistliche, 19 Bischöfe gegen andere katholische Geistliche und den Papst!

So stehen die Dinge heute — wie sie morgen stehen werden, kann natürlich niemand voraussagen. Denn daß die Rebellen durchhalten werden, ist nicht anzunehmen, die Konsequenzen eines solchen Verhaltens wären auch gar nicht abzusehen. Für den Augenblick scheint das Geipst einer Spaltung im deutschen Katholizismus nahegerückt, aber nur für den Augenblick. Die christliche Pro-testadresse spricht ja selbst aus, was zuletzt alle wieder zusammenhält: Deutschland hat die stärkste Sozialdemokratie der Welt, darum ercheint ihr eine leistungsfähige nichtsozialistische Gewerkschaftsbewegung als „unabweisbare Notwendigkeit“. Mag so die Furcht vor der Sozialdemokratie schließlich alle wieder zusammenführen, es bleibt doch ein Zeichen der Zeit, daß nicht brüderliche Liebe sondern nur fanatischer Haß gegen Andersdenkende die auseinanderstrebenden Elemente zusammenhalten soll. Immerhin, über die „Christen“ ist eine Zeit der Krisen herangebrochen, und wenn Herr Leusing auf dem Vertretertag der Windthorstbunde von einer ersten und bewegten Zeit sprach, erster als er sie in seiner 35-jährigen politischen Tätigkeit jemals erlebt habe, so hat er damit die Lage des Zentrums und der ihm noch treu gebliebenen Proletariatsgarde ganz richtig gekennzeichnet.

Deutsche Politik.

Spionageaffäre in Spandau. Im Spandauer Artilleriedepot sind durch einen Einbruch wichtige militärische Papiere gestohlen worden. Die Kriminalpolizei, die Berliner politische Polizei und der Große Generalstab entsalften in der Sache selbst eine fieberhafte Tätigkeit, bewahren aber sonst über Einzelheiten strengstes Still-schweigen. Es wird vermutet, daß ein Beamter an dem Einbruch beteiligt sei. Von den zwei Spuren, die momentan verfolgt werden, führt die eine in das Ausland, die andere nach Berlin. Die Unteroffiziere, die bisher in Verdacht geraten sind, konnten ihre Unschuld einwandfrei nachweisen. In den nächsten Tagen soll eine offizielle Darstellung der ganzen Affäre veröffentlicht werden, ein Beweis dafür, daß es sich um eine Angelegenheit von ganz erheblicher Bedeutung handelt.

Das Attentat auf die Immunität der preußischen Landtagsabgeordneten. Am Montagnachmittag sollte vor dem Landgericht Hannover Genosse Leinert über die Vorgänge im preußischen Abgeordnetenhaus vernommen werden. Genosse Leinert erklärte, an dieser Stelle nicht aussagen zu wollen. Was er getan habe, habe er nach seinem pflichtgemäßen Ermessen getan. Leinert verzichtete demzufolge auch auf die Verlesung des von dem Polizeileutnant Kolb verfaßten Berichtes über die Behandlung Leinerts und Borchardts im preußischen Dreiklassenhaufe.

Sie können nicht erwarten! Die belgischen Wahlunruhen geben dem konservativen „Reichsboten“ Anlaß zu diesem fast irrsinnig scheinenden Erguß:

Das ist offener Aufruhr! Bezeichnend ist die Meldung aus Lüttich, nach der der demokratische Führer „zu spät“ merkt, daß der Wahlrechtstramall in Aufruhr ausartet! Was es nicht noch soeben in Budapest ebenso? Hoffentlich ziehen unsere Behörden die richtigen Lehren aus diesen Ereignissen. Jede Schwäche ist jetzt Grausamkeit!

Diese Worte sind geschrieben in einem Lande und für ein Land, in dem die Ruhe in keiner Weise gestört worden ist! Trotzdem redet das konservative Blatt in Ausdrücken, als hätte das Ringen Brust an Brust schon begonnen. „Jede Schwäche ist jetzt Grausamkeit!“ Jetzt! Sie können eben gar nicht mehr erwarten!

Der Anti-Modernisteneid vor dem bayerischen Landtag. In zwei Sitzungen des Abgeordnetenhauses wurde die Generaldebatte zum Kultusetat durch einen Schlußantrag des Zentrums beendet. In den Borderorund der Debatte

Regierung in der... die Regierung mit... die Regierung...

Abg. Dr. Frank (Soz.): Den Standpunkt der Generaldirektion finde ich nicht für richtig. Dieselbe sollte nicht lediglich von rechnerischen Gesichtspunkten ausgehen...

Abg. Dr. Koch (natl.) richtete bei Position „Neubau Bahnhof Heidelberg“ an die Regierung die Anfrage, wie der Fortschritt dieses Baues geplant sei und bis wann an eine Fertigstellung desselben gedacht werden kann...

Herr Oberbaudirektor Wasmser: Der Heidelberger Bahnhofsbau muß in zwei Teile zerlegt werden. Zuerst ist der neue Güterbahnhof zu erstellen...

Herr Abgeordneter Dr. Koch (natl.), Bauschubach (sonst.), Pfeiffle (Soz.), Weber (Soz.) und Stadinger (Soz.): Die bisher durchberathenen Positionen wurden sämtlich genehmigt...

Herr Abgeordneter Dr. Pfeiffle (natl.) über die Petition des Gemeinderats Eberbach wegen Erteilung eines Fußgängerweges am neuen Bahnhof daselbst folgender Antrag Annahme: „Das Haus...“

Die Beratungen wurden hier abgebrochen. Der Präsident gab bekannt, daß folgender von den Abg. Sogel-Rastatt, Dr. Koch und Dr. Frank unterzeichneter Antrag eingebracht ist...

Die Kammer wolle sich dahin aussprechen, daß die Landwirtschaftskammer als Selbstverwaltungskörper für die Pflege der Landwirtschaft anerkannt wird...

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen. Nächste Sitzung: Montag 14 Uhr. Tagesordnung: Landwirtschaftskammergesetz; Fortsetzung der heutigen Beratung.

Badische Politik. Eine Gruselgeschichte

Es ist wieder einmal der „Badische Beobachter“ auf. Sie spielt in Breisach und geben wir wörtlich wieder, was das Zentralorgan der badischen Zentrumspartei einen Herrn erzählen läßt. Es heißt da:

Auf einer Autofahrt kamen wir am vergangenen Pfingstsonntag zu dritt hinaus zum Breisacher Münsterberg. Aus dem Münster löste ein wüster Kärm an unser Ohr und als wir eintraten, sahen wir drei Kerle von etwa 25 bis 30 Jahren...

Der Herr Vorsteher ordnet an, daß stets während des Unterrichtes der amtliche Föderbatter in der Pultrille jeder Klasse zu liegen habe.

Die Konferenz beschäftigt sich sodann mit Erörterungen über die Aufschriften auf den Schülerheften. Es wird vom Herrn Vorsteher gewünscht, daß auf jedes Heft der volle Name des Betreffenden in lateinischen Buchstaben und in möglichst guter Schrift vom Lehrer geschrieben werde...

1. Aufschriften werden durch ein über dem Schülernamen stehendes großes deutsches A mit nachfolgendem Punkt bezeichnet.

2. Rechenhefte dito durch ein großes deutsches R mit nachfolgendem Punkt.

3. Sprachhefte durch ein großes deutsches S mit nachfolgendem pr und einem Punkt.

Die Konferenz erörtert das Thema „Aufsatzkorrekturen“. Es wird aufs neue darauf hingewiesen:

1. daß jedes falsch geschriebene Wort in der zu korrigierenden Arbeit mit roter Tinte zu unterstreichen ist. Der Gebrauch des Rotstifts ist nicht erlaubt;

2. daß jedes falsch geschriebene Wort außerdem am rechten Rande des Heftes in der richtigen Zeilenhöhe durch einen etwa im Winkel von 60 Grad nach oben geneigten Korrekturstrich von der Länge der Oberlinien unserer deutschen Buchstaben anzudeuten ist;

3. grammatische Fehler werden durch ein dem roten Korrekturstich auf dem Rande des Heftes hinzugefügtes kleines lateinisches g bezeichnet;

4. orthographische Fehler ebenso durch ein kleines lateinisches o;

5. Interpunktionsfehler dito durch ein kleines lateinisches i. Orthographische Fehler sollen durch die Art verbessert werden, daß das Kind angehalten wird, das falsch geschriebene Wort dreimal richtig zu schreiben und zwar das erste mal mit großem Anfangsbuchstaben und nachfolgendem Komma, die übrigen beiden Male mit kleinem Anfangsbuchstaben, wenn nicht zufällig das zu verbessernde Wort ein Substantiv ist.

Grammatische Fehler werden in der Art verbessert, daß der ganze Satz, in welchem der betreffende Fehler vorkommt, dreimal vom Kinde fehlerfrei geschrieben wird. Dasjenige Satz, welches speziell den grammatischen Fehler enthält, ist außerdem in der Verbesserung durch zwei parallele, nützlich die Bleifederstriche vom Schüler in der Verbesserung besonders hervorzuheben.

mens aufmerksam. Da mischte sich der dritte ins Gespräch und zwar mit den vielgeliebten Worten: „Ja, wir sind aber Sozialdemokraten.“ Das sagte er als Begründung für das freche Benehmen in der Kirche, das er für sich und die Seinigen als Recht in Anspruch nahm.

Ich mußte ihn nun darauf aufmerksam machen, daß auch Sozialdemokraten die Anstandsspflicht hätten, in katholischen Kirchen sich anständig zu benehmen und den Hut abzunehmen. Jetzt erst nahm nach geraumer Zurechen der zweite Kerl seinen Hut ab, aber nur, um ihn sofort wieder aufzusetzen, als wir weitergingen.

Wir sahen uns nun den Hochaltar und einiges andere im östlichen Teil der Kirche an. Als wir näher auf den Platz herantreten, lag der prächtliche Chorrod mitten auf dem Münsterplatz auf der Erde. Wir besuchten den Pfarrherrn und machten ihm Mitteilung. Betrübte begab sich dieser nun hinüber, um am Pfingstsonntag nachmittag sein Münster abzuschießen, weil die Rohheit der Sozialdemokraten es nicht mehr erlaubte, die Kirche ohne Wachposten offen zu lassen.

Nicht das rüde Benehmen dieser traurigen Menschen war das Bezeichnende an diesem Erlebnis, sondern die Verurteilung auf die Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie, die sie als Begründung für ihr freches Verhalten anführten.

Zu dieser Räubergeschichte bemerkt unser Freiburger Parteigänger: Es ist ganz selbstverständlich, daß wir das Verhalten der drei Leute, wenn sie sich so benommen haben, aufs schärfste mißbilligen. Nicht minder aber muß uns gestattet sein, berechtigten Zweifel daran zu setzen, daß man es überhaupt mit Sozialdemokraten zu tun hatte.

Denn diese sind in Breisach und am Kaiserstuhl leider noch nicht in allzu großer Anzahl vorhanden. Wirkliche Sozialdemokraten, die eine Kirche vielleicht ob ihrer künstlerischen und architektonischen Schönheiten besuchen, nehmen auch den Hut ab; es fällt ihnen auch gar nicht ein, den Chorrod oder irgend ein geistliches Gemäld von seinem Platz zu nehmen und damit Unfug zu treiben.

Und drittens fällt es Sozialdemokraten erst recht nicht ein, ihr Tun und Treiben mit der Verurteilung auf ihre Parteizugehörigkeit entschuldigen zu wollen. Hat aber wirklich einer von den drei Besuchern des Münsters zur Antwort gegeben: „Ja, wir sind aber Sozialdemokraten!“, dann hat er gerade damit zugegeben, daß er kein Sozialdemokrat ist.

Klerikale Agitation in der Betriebswerkstätte.

In der Betriebswerkstätte der Großh. badischen Staatseisenbahn war am Dienstag und Mittwoch folgender Diensterlaß angehängt:

Bekanntmachung.

Die diesjährige Fronleichnamspredigt wird am Donnerstag, 6. Juni 1912, im unmittelbaren Anschluß an das um 7 1/2 Uhr in der St. Stefanskirche beginnende feierliche Hochamt stattfinden.

Wir beehren uns, Sr. Staatsministerium ganz ergebenst zu ersuchen, dies den Herren Beamten katholischen Bekenntnisses mit dem Hinweis zur Kenntnis bringen zu wollen, daß für die Herren Beamten auf der rechten Seite der Kirche Plätze reserviert sind.

Den Arbeitern zur Kenntnis. A., 5. 6. 12.

M. g. Saur.

Also der Herr Oberbauinspektor Saur gibt den Arbeitern zur Kenntnis, daß sie beim feierlichen Hochamt in der Stefanskirche auf der rechten Seite nichts zu suchen haben, weil diese Plätze für die Herren Beamten reserviert ist.

Wir haben uns hin und her überlegt, was wohl der Herr Oberbauinspektor mit dem bemerkenswerten Erlaß bezwecken will. Ob er dafür sorgen will, daß der Mann mit der schwierigen Faust und dem gemeckelten Mund durch seine unmittelbare Nähe die geheueltete Andacht des liebedienertlichen Beamtentums stört, oder ob er dadurch eine bessere Kontrolle des schwarzen Anhanges in der Beamtenschaft ermöglichen will.

Angenehm sind zwar „vor Gott alle Menschen gleich“. Aber jedermann weiß, daß die Kirche von jeder einen Unterschied zwischen „besseren“ und gewöhnlichen Gläubigen macht.

Zur Weisheit die Arbeiter diese in der famosen Bekanntmachung deutlich zum Ausdruck gebrachte Geringschätzung „zur Kenntnis“ genommen haben, ob sie weiterzugehen. Beide Bleifederstriche müssen gleich did und genau von gleicher Länge sein.

Interpunktionsfehler werden wie grammatische Fehler verbessert, nur wird betont, daß die Unterstreichung sich je auf das rechts und links von dem betreffenden Interpunktionszeichen stehende Wort mit auszudehnen hat.

Wacht ein Schüler in der Fehlerverbesserung neue Fehler oder wiederholt er einen in der Arbeit gemachten Fehler in unrichtiger Weise, so hat er nach der Korrektur der Fehlerverbesserung durch den Lehrer eine Fehlerverbesserung zur Fehlerverbesserung anzufertigen, die die Ueberschrift: „Verbesserung der Verbesserung“ erhalten soll.

Der Herr Vorsteher wünscht, daß im Hinblick auf die Wasservergabung das Trinken des Wassers durch Kinder möglichst einzuschränken ist. Die Kinder sollen auf den Wunsch des Vorstehers morgen, am 23. 10. 1907, gleich nach Beginn des Unterrichtes, in der ersten Stunde darauf aufmerksam gemacht werden, daß man den Durst am besten bewältigt:

1. durch Selbstbeherrschung, und wenn das nicht immer ganz möglich ist,

2. durch drei- bis viermaliges schluckweises Trinken;

3. durch gestittetes Verhalten während des Unterrichtes und in den Pausen.

Die Konferenz beschäftigt sich mit der Klosettordnung. Es haben sich verschiedene Mißstände im Laufe der letzten Wochen herausgestellt und es wird angeordnet:

1. In jeder Klasse ist ein Schüler respektive eine Schülerin mit der Verwahrung des Vorhofschlüssels zu betrauen.

2. Es dürfen für dieses Amt nur diejenigen Kinder ausgewählt werden, die im letzten Zeugnis eine 1 im Betragen erzielten.

3. Alle Kinder, welche in den Pausen den Abort in der Klasse zu benutzen wünschen, haben sich an dasjenige Kind zu wenden, welches den Schlüssel verwahrt.

4. Dieses Kind hat die Türe zum Klosett auf Verlangen zu öffnen, hat nur einem Kinde den Zutritt zu gestatten und sofort wieder abzuschließen.

5. Es hat auch nach jeder Benutzung des Abortes nachzugehen, ob der Abort nicht beschmutzt worden ist. Diefelben Vorschriften sollen auch für das Kollegium Geltung haben.

Bei der Besprechung dieses Punktes rief plötzlich Kollege 3. unter den Tisch. Er ist stark unwohl und muß hinausgetragen werden. Fräulein C. beantragt nach diesem Vorfall den Schluß der Konferenz. Der Herr Vorsteher genehmigt den Schluß; so wird die Sitzung etwa um halb 10 Uhr abends geschlossen.

geblieben oder trotzdem sich als Gläubige milderer Güte in der dunklen Kirchenede herumgedrückt haben, wissen wir nicht. Mag jeder das mit sich ausmachen. Es ist das nicht der Grund und Ursache, weshalb wir uns mit der Bekanntmachung des Herrn Oberbauinspektors befassen. Wir fragen:

Wie kommt die Generaldirektion dazu, das Anschlagbrett der Betriebswerkstätte, das nur für Bekanntmachungen und Erlasse dienlicher Natur da ist, für eine solche Angelegenheit mißbrauchen zu lassen?

Man sieht hier, welche Freiheit der schwarze Anhang in der Eisenbahnbeamtenschaft sich herausnehmen und welchen Mißbrauch diese Gesellschaft mit dienstlichen Einrichtungen für ihre privaten Zwecke machen darf. Die Antwort des „Beobachters“ kennen wir schon. Er wird mit jesuitischer Verschlagenheit das Gesichtsfeld verschieben und mit Religiös- und Kirchenfeindlichkeit der Sozialdemokraten operieren. Erstens braucht die Redaktion dabei ihren Verstandskasten am wenigsten anstrengen und zweitens weiß sie, daß es immer dumme gibt, die sich mit dieser Argumentation vollauf begnügen.

Auf den Kern der Sache wird er nicht eingehen und den Mißbrauch der amtlichen Anschlagtafel erst begreifen, wenn ein sozialdemokratischer Beamter dieselbe, sagen wir mal zu einer Bekanntmachung für den Maifeierfestzug oder eine andere religiöse oder freireligiöse Richtung verwenden wollte. Dann natürlich Feder und Mordio.

Wir wären wirklich begierig zu erfahren, wie der Eisenbahnminister über diesen zentrunlich-klerikalen Mißbrauch der Anschlagtafel in der Betriebswerkstätte denkt. Hoffentlich wird ihm im Landtag Gelegenheit dazu gegeben.

Die Reichstagswahlen vom 12. Januar in Baden.

(Aus den amtlichen statistischen Mitteilungen.)

(Schluß.)

Die sozialdemokratischen Kandidaten haben in allen Wahlfreien des Großherzogtums eine größere Stimmenzahl auf sich vereinigt als bei den Wahlen im Jahre 1907; der größte Stimmengewinn mit 5591 findet sich im 11. Wahlkreis (Mannheim), der kleinste mit 607 im 1. Wahlkreis (Konstanz-Neberlingen).

In 7 Wahlfreien sind auf die Kandidaten des Rechtsblocks mehr Stimmen gefallen, als 1907; die größte Zuwachsziffer (1339) kommt auch hier auf den 11. Wahlkreis. Der gesamte Stimmengewinn für den Rechtsblock beträgt in diesen 7 Wahlfreien 4265; diesem steht in den übrigen 7 Wahlfreien ein Stimmenverlust von 2444 gegenüber; wovon der größte mit 776 auf den 10. Wahlkreis (Karlsruhe) entfällt.

Die liberalen Parteien haben ebenfalls in der Hälfte der Wahlfreie Verluste von im ganzen 7737 Stimmen erlitten, den größten mit 2133 im 14. Wahlkreis (Adelsheim-Buchen-Tauberbischofsheim), welchen in den übrigen 7 Wahlfreien ein Gesamtgewinn von 6255 Stimmen gegenübersteht. Der größte Gewinn an liberalen Stimmen ist mit 3024 im 1. Wahlkreis (Konstanz-Neberlingen) erzielt worden.

In den Gemeinden unter 2000 Seelen kommt auf den Rechtsblock die absolute Mehrheit der Stimmen (53,8 Proz.); mit zunehmender Größe der Gemeinden tritt aber ein stetiger Rückgang des Stimmenanteils dieser Parteigruppe bis zu 17,1 Proz. ein. Im umgekehrten Verhältnis steigt die Anhängerzahl der Sozialdemokratie von nur 14,6 Proz. in der kleinste Ortsgrößenklasse bis zu 45,8 Proz. in der Gruppe der 7 größten Städte. Bei den Liberalen ist der Unterschied des Stimmenanteils in den einzelnen Ortsgrößenklassen viel geringer; in den beiden untersten Klassen kommen auf 100 Abstimmende etwa 31, in den übrigen Klassen etwa 37 liberale Wähler.

In den Stadtgemeinden haben die Sozialdemokraten die meisten (38 Proz.), in den Landgemeinden die wenigsten Anhänger (19,9 Proz.). Nahezu die Hälfte (49,3 Proz.) der in den Landgemeinden abgegebenen Stimmen hat auf Kandidaten der Rechtsblock lautete, während diese Parteigruppe in den Stadtgemeinden nur noch ein Viertel der Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigen konnte. Auch bei Stadt und Land hat der liberale Block am gleichmäßigsten abgenommen.

Die 129 134 Stimmen des Zentrums verhalten bei der Hauptwahl 4 Kandidaten dieser Partei zum Siege, während die 117 154 sozialdemokratischen Stimmen und die 107 947 auf nationalliberale Kandidaten gefallenen Stimmen nur je 1 Parteiangehörigen die sofortige Wahl sichern; dem letzteren sogar nur durch Unterstützung des Zentrums und der Konservativen. Die Kandidaten der Fortschrittlichen Volkspartei konnten mit 31 032 Stimmen im 1. Wahlgang kein Mandat erringen, dagegen ist dem Bund der Landwirte, auf dessen Kandidaten im ganzen nur 14 842 Stimmen fielen, ebenfalls mit Unterstützung des Zentrums ein Reichstagsmandat sofort zugefallen. Würden die 14 bad. Abgeordnetenmandate für den Reichstag nach der Zahl der bei der Hauptwahl auf die Kandidaten der 3 Parteigruppen gefallenen Stimmen verteilt worden sein (Verhältnismäßigkeit), so hätten der Rechtsblock und der liberale Block je 5, die Sozialdemokratie 4 Mandate erhalten müssen. Das erzielte Wahlergebnis entspricht hiernach bei keiner der Parteigruppen deren Stärkeverhältnis; der Rechtsblock hätte 2 Sitze (statt 7) und 5, der liberale Block 1 Sitz weniger (4 statt 5) und die Sozialdemokratie 3 Sitze mehr (4 statt 1) zu beanspruchen. Zieht man aber den durch die Wahlmächungen im 2. Wahlkreis für die rechtsstehenden Parteien eingetragenen Stimmenausfall in Rechnung, so würden dem Verhältnismäßigkeitsergebnis auf den Rechtsblock 6 und auf den liberalen Block nur 4 Abgeordnete entfallen sein.

Aus dem Landtag.

Die Justizkommission

trat gestern in die Beratung des Gesetzentwurfs über die Wahl der Abgeordneten in den größeren Städten ein. Von Seiten des Zentrums wurde der Vorschlag gemacht, für die größeren Städte die Proportionalwahl einzuführen, eventuell die Wahlkreiseinteilung durch Verordnung zu regeln. Die Regierung wäre nicht abgeneigt, diese Vorschläge zu berücksichtigen, dagegen lehnen die Sozialdemokraten, Nationalliberalen und Fortschrittler dieselben ab. Von sozialdemokratischer Seite wird angeregt, falls die Regierung einen Gesetzentwurf über Einführung der Proportionalwahl noch nicht vorlegt, der Stadt Mannheim den im Gesetz vorgezeichneten letzten Abgeordneten zuzubilligen und die Wahlkreiseinteilung zunächst durch Verordnung zu regeln. Der Minister erklärt den letzteren Weg für gangbar, ob die Regierung schon dem nächsten Landtag einen Gesetzentwurf über die Einführung der Proportionalwahl vorlegen werde, könne er nicht versichern. Das Zentrum lehnt diesen Antrag ab, während die Nationalliberalen und die Fortschrittler sich dafür erklären. Die sozialdemokratische Anregung wurde abgelehnt. Vorausichtlich wird die Wahlkreiseinteilung auch diesmal nicht gesetzlich festgelegt.

Das Müllheimer Eisenbahnunglück vor Gericht.

Das Urteil im Platten-Prozess.

Lokomotivführer Platten wird zu 2 Jahren 4 Monaten, Zugführer Bähr zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Heizer Männle wird freigesprochen.

Mit diesem Richterspruch hat nunmehr das Müllheimer Drama vom 17. Juli 1911 seinen Abschluß gefunden. Zwei Angehörige des Eisenbahnpersonals hat das Gericht für schuldig erklärt, durch ihre Fahrlässigkeit und nicht genaue Beachtung der Dienstvorschriften jenes große Unglück verschuldet zu haben, bei dem 14 Menschen getötet, eine größere Anzahl teils schwer- teils leichtverletzt wurden. Die Richter haben gesprochen und niemand wird behaupten wollen, daß das Urteil und das Ausmaß der Strafe nicht ihrer innersten Überzeugung entsprach. Das Strafrecht bezweckt den Schutz menschlicher Lebensinteressen. Strafe tritt stets da ein, wo die Gesellschaft ohne sie nicht glaubt auskommen zu können. Nach den in der heutigen Gesellschaft geltenden Strafrechtstheorien lehrt die eine: Strafe will vergelten. Eine andere, sie wolle bessern, und wieder eine andere lehrt, die Strafe wolle abschrecken. Die Richter müssen sich an die Grundsätze der geltenden Rechtsnormen halten und so mußte das Richterkollegium im Plattenprozeß zu einer Verurteilung kommen, weil es in der Tat der Angeklagten einen nur durch Strafe zu ahnenden Verstoß gegen die Lebensinteressen der Gesellschaft erblickte. Wir, die wir in der Gedankenwelt des Sozialismus leben, sind es aber gewöhnt, das unbedingte Paragrafengestrippe, aus dem heraus Verbrechen, Vergehen, Übertretungen und deren Bestrafungen konstruiert und geahndet werden, nicht als einzigen Maßstab bei der Beurteilung eines strafbaren Delikts anzuwenden, sondern auch die gesellschaftlichen Verhältnisse und deren Einfluß auf die materiellen, geistigen und sozialen Momente, kurz, die äußeren Verhältnisse, die den Täter beeinflussen. Und nach dieser Richtung hin bildet der Plattenprozeß eine wahre Fundgrube für die Kriminalsoziologie.

Haben nun bei Berücksichtigung der angeführten Momente die Angeklagten, die auf dem Unglückszug Dienst taten, wirklich ausschließlich durch ihre Fahrlässigkeit den Tod so vieler Menschen verschuldet? Haben sie in so gewöhnlicher Weise ihre Dienstpflichten verletzt, daß so großes Elend und namenlose Trauer über so viele Familien kommen mußte? Wer die Frage bejahen kann, der nehme den ersten Stein und schleudere ihn auf die Schuldigen. Wir vermögen es nicht zu tun. 13 Sitzungen hindurch saßen die drei Eisenbahner auf der Anklagebank. Mit einer ziemlich gleichgültigen folgten sie den Verhandlungen bis zu dem Zeitpunkt, wo der Staatsanwalt nach Begründung der Anklage die Strafanträge stellte. Wer am folgenden Tage die Angeklagten wieder sah, war überrascht von der Veränderung des Aussehens derselben. Ihre Gesichtszüge verrieten deutlich die Spuren durchgemachter schwerer seelischer Kämpfe. Wir glauben nicht, daß die deutlich bemerkbare Gemütsdepression etwa aus der Furcht vor dem beantragten Strafmaß resultierte, sondern nehmen an, der wahren Ursache näher zu kommen, wenn wir behaupten, daß dieselbe dem Bewußtsein entsprungen ist, gerichtsoffiziell zu Schuldiven an der Müllheimer Katastrophe gestempelt zu werden.

Doch lassen wir nun den Gang der Verhandlungen nochmals an unseren Augen vorbeiziehen. Was war die Ursache der Katastrophe in Müllheim? In unserem Bericht über das Eisenbahnunglück in Nr. 15 vom 18. Juli 1911 schrieben wir u. a. über die Ursachen deselben:

„Mitreisende, die mit dem Schrecken davonkamen und auch Verletzte, die im Spital liegen, erklärten mir, daß sie die zu rasende Geschwindigkeit als die Ursache des Unglücks betrachten.“

Diese Vermutung der Mitreisenden hat sich, das war schon am ersten Tag des Plattenprozesses festgestellt, als richtig erwiesen. Der Unglückszug raste mit einer Geschwindigkeit von 107 Kilometern über die Gefahrstelle; er hätte vorschriftsmäßig mit 20 Kilometer Geschwindigkeit fahren müssen. Diese Feststellung ist um deswillen von großer Wichtigkeit, weil man anfänglich auch geneigt war, betriebstechnische Mängel als Ursache der Entgleisung zu betrachten. Es ist aber durch die Sachverständigen einwandfrei nachgewiesen, daß sowohl die im Bau begriffene Unterführung am Müllheimer Bahnhof als auch die eingebaute Weiche völlig intakt waren. Ein Vorwurf kann also der badischen Eisenbahnverwaltung nach dieser Richtung hin nicht gemacht werden. Betriebstechnische Mängel waren nicht vorhanden. Es war mithin ausschließlich die zu große Geschwindigkeit des Zuges die Ursache der Katastrophe und für diese trug in erster Linie Lokomotivführer Platten die Verantwortung. Hat er nun mit kräftlicher Leichtsinngigkeit den Zug in den finsternen Todesrachen hineingeführt und war er im Vollbesitz seiner geistigen und körperlichen Kräfte, so mag er die Strafe als eine gerechte Sühne betrachten. Aber ist ein Mann, der jahrzehntelang in treuer Pflichterfüllung seinen Posten bekleidete überhaupt fähig, eine solche

Pflichtvergessenheit zu begehen? Wir halten das kaum für möglich und die medizinischen Sachverständigen haben ja auch den Schlüssel zur Lösung des Rätsels geliefert. Sachverständiger Dumle stellte fest, daß Platten an einer Verödung der Blutgefäße leidet, eine Arterienkrankheit nagt schon längere Zeit an seiner Gesundheit. Das sind nach unserer Auffassung Gründe, die eine Freisprechung gerechtfertigt hätten. Ein kranker Mensch kann für sein Tun und Lassen nicht verantwortlich gemacht werden wie ein gesunder. Vielleicht hätte sich das Gericht auf diesen Standpunkt gestellt, wenn Platten nicht vor Eintritt des Dienstes auf den Unglückszug 270 Gramm Alkohol getrunken hätte. Aber sehr treffend hat der Verteidiger, Rechtsanwalt Fröhlich, darauf hingewiesen, daß gerade die Krankheit und die schlaflosen Nächte für Platten den Anreiz gebildet haben dürften, seine Krankheitsgefühle durch Alkohol zu betäuben. Nur ein einzigesmal ist Lokomotivführer Platten während seiner langen Dienstjahre disziplinarisch bestraft worden, im Jahre 1903 in Donaueschingen, und zwar mit zwei Tagen Arrest, weil er eine Lokomotive zur Entgleisung brachte. Gleichzeitig wurde er aus dem Führerdienst zurückgezogen und vielleicht war es ein Fehler, daß man ihn 1907 wieder zum Führerdienst auf Personenzügen heranzog.

Was nun das Verhalten des Zugführers Bähr betrifft, so lassen sich hier allerdings Momente anführen, die geeignet sind, eine Fahrlässigkeit als vorliegend zu erachten. Bähr händigte in Basel dem Lokomotivführer den Vorsichtsbefehl aus, er kannte die Gefahrstelle, die zu große Geschwindigkeit mußte ihm auffallen; er bemerkte auch das nicht einwandfreie Benehmen Platzens auf der Lokomotive. Seine Pflicht war es also, einzugreifen. Das hat er auch getan; aber wie das Gericht annahm, nicht im richtigen Moment und nicht in geeigneter Weise. Das Gericht hat ihm einen großen Teil der Schuld an dem Unglück beigemessen. Bähr selbst war von seiner Unschuld fest überzeugt, daran ist nicht zu zweifeln. Er glaubt fest daran, seine Pflicht erfüllt zu haben. Es ist jedenfalls auch keine leichte Aufgabe, innerhalb eines Zeitraumes weniger Sekunden diejenigen Maßnahmen zu ergreifen, die im Augenblick einer Gefahr notwendig sind. Es scheint, daß Bähr auch ziemlich kopflos geworden war.

Daß der Heizer Männle straffrei ausgeht, wird man vom prozessualen und auch vom menschlichen Standpunkt aus nur begrüßen können. Ihm hatte die Anklage vorgeworfen, daß er ebenfalls nicht die genügende Sorgfalt und Aufmerksamkeit in der Beobachtung der Signale an den Tag gelegt habe. Außerdem hätte er in dem Augenblick der Gefahr in die Funktionen des sich passiv verhaltenden Lokomotivführers eingreifen müssen, um den Zug zum Stehen zu bringen. In theoretisch unanfechtbarer Weise wies ihm der Staatsanwalt sowohl als die Sachverständigen nach, wie er die Bruchteile von Sekunden hätte ausnützen müssen, um das Unglück zu verhüten. Mit Recht wies sein Verteidiger Fröhlich darauf hin, daß Männle in den Augenblicken der Gefahr gehandelt hat wie ein entschlossener Mann überhaupt nur handeln konnte. Aber hätte Männle anstatt nach dem Bremshebel zu greifen, seine Aufmerksamkeit nach dem Wasserstandsglas oder sonstwohin getan, hätten die Sachverständigen ebenso theoretisch richtig nachgewiesen, daß er instruktionsgemäß unrichtig gehandelt habe. Wenn nun das Gericht dem Antrage der Staatsanwaltschaft, Männle zu drei Monaten Gefängnis zu verurteilen, nicht stattgegeben hat und zum Freispruch kam, so entspricht wohl dieses Urteil dem allgemeinen Rechtsempfinden des Volkes.

Interessant und lehrreich waren während der Verhandlungen die Ausführungen der Theoretiker, d. h. der Sachverständigen und der Männer vom praktischen Eisenbahndienst, weil sie zeigten, wie das vielmalsige Paragrafenneß der Dienstvorschriften in der Theorie für die Eisenbahnverwaltung den Schutzwahl bildet, hinter dem sie sich in allen vorkommenden Fällen verschützen kann, für das Bahnpersonal aber stets das Jangneß bilden, in dem sie sich verstricken müssen. Das eine ging mit aller Deutlichkeit aus den Kontroversen der Sachverständigen und dem Staatsanwalt einerseits, den Verteidigern und Angeklagten andererseits und aus den Aussagen der zahlreichen Zeugen vom Fahrpersonal hervor, daß wie der Verteidiger des Angeklagten Bähr, Rechtsanwalt Staub sehr treffend ausführte, die strikte Einhaltung der Dienstvorschriften direkt positive Resultate bedeuten würde. Auf dieses Kapitel werden wir noch in einem zweiten Artikel näher eingehen, ebenso auf die Lehren, die sich aus dem Müllheimer Eisenbahnunglück ergeben für die Eisenbahnverwaltung, das Personal und das reisende Publikum.

Der Tag der Urteilsverkündung.

Freiburg, 4. Juni.

Zur Urteilsverkündung in dem nun zu Ende gegangenen Prozeß war auf 1/2 Uhr die Schlusssitzung anberaumt, zu welcher sich ein zahlreiches Publikum eingefunden hatte. Die Angeklagten haben das Schlusswort in ihrer Verteidigung. Platten und Männle verzichteten auf eine weitere Erklärung; Bähr wiederholte seinen Antrag auf nochmalige Ladung der Belastungszeugen. Der Vorsitzende erwidert, daß das Gericht den Antrag bereits ablehnend entschieden. Bähr kündigt Verurteilung an und will gegen

die Belastungszeugen Strafantrag wegen Meineid stellen. Der Vorsitzende verweist ihn mit diesem Antrag an die Staatsanwaltschaft. Dann zieht sich der Gerichtshof zur Beratung zurück und verkündet hierauf folgendes Urteil:

Lokomotivführer Karl Friedrich Platten von Basel, Johann Leonhard Bähr von Reimen werden der fahrlässigen Tötung, der Körperverletzung in rechtlicher Gesamtheit mit fahrlässiger Gefährdung eines Eisenbahnverkehrs schuldig erklärt. Platten wird verurteilt zu einer Gefängnisstrafe von zwei Jahren vier Monaten, abzüglich der bereits ausgestandenen Untersuchungshaft von sechs Monaten. Bähr zu einer Gefängnisstrafe von sechs Monaten. Beide sind außerdem zur Tragung der Prozesskosten verurteilt, deren Höhe und Verteilung im Urteile der schriftlichen Begründung vorbehalten ist. Der Heizer Math. Männle wird von der Anklage freigesprochen. Dagegen wird der Antrag auf Erlassung der Auslagen und der Verteidigungskosten abgelehnt. Das Gericht ist bei der Beurteilung von folgenden Erwägungen ausgegangen:

Lokomotivführer Platten

hat als verantwortlicher Führer seine Pflichten und Verantwortlichkeiten in größlicher Weise vernachlässigt; bei der Fahrt hat er sich wiederholt gesetzt, was er selbst zugestanden, ist wiederholt eingeschlafen und hat den Zug seinem Lauf überlassen. Bei Augen unterließ er, den Dampf abzustellen und eine Bremsbremse vorzunehmen, auch die Notbremse nicht betätigt. Dem Angeklagten Platten wird ferner zur Last gelegt, daß er seinen Schlafzustand selbst verschuldet und nicht versucht hat, gegen den Schlafzustand anzukämpfen; und als er dies verpirte, den Zug nicht zum Anhalten gebracht oder den Heizer aufzufordern, den Zug zum Halten zu bringen. Das Gericht macht Platten den Vorwurf, daß er unterlassen, seine Kräfte zwei Tage vor dem Unglück zu schonen. Er hat die Dienstspausen statt zum Ausruhen zu verwenden, zum Wirtschaftsbetrieb verwendet. Als Pflichtvernachlässigung sei der Besuch der Wirtschaft in Offenburg am 16. Juli und derjenige in Basel am 17. Juli zu bezeichnen; auch seine ungewöhnliche Lebensweise hat mit Schuld an dem Eintreten der Schlafträgheit. Wenn er keinen Alkohol genossen, so wäre die Schlafträgheit zu vermeiden gewesen. Alle diese Pflichtverletzungen haben den Unfall verursacht und die Entgleisung herbeigeführt. Hätte Platten pflichtgemäß gehandelt, so wären keine Personen getötet und verletzt worden. Platten ist demgemäß, wie im Dispositiv bereits gesagt, zu verurteilen gewesen. Die Strafe mußte im Hinblick auf die Größe des Unglücks und in Berücksichtigung der Umstände, die im schriftlichen Urteil näher begründet werden, so bemessen werden; der Antrag der Staatsanwaltschaft, die Verurteilung der Fahrlässigkeit, weiter als Lokomotivführer verwendet zu werden, war abzuweisen.

Die Hauptverhandlung hat nach Ansicht des Gerichts ergeben, daß die Unterführung durchaus solid und nach technischen Grundregeln ausgeführt war, und den Anstoß ausgehalten, ohne zu brechen; Zug, Wagen und Bremsen waren in bester Ordnung. Eine Dienstüberlastung Platzens sei nicht erwiesen. Der dahin gehende Beweis sei misslungen; nachgewiesen ist, daß die tägliche Dienstzeit etwas mehr als 8 Stunden betragen habe. Daß der Dienst am 15. und 16. Juli etwas härter war, sei zuzugewandt; aber gewisse Härten lassen sich im Eisenbahndienst eben nicht vermeiden. Der Beweis, daß die schwere Dienstordnung eine erhebliche Erleichterung für das Personal bedeute, sei nicht gelungen; auch der Vorwurf, Platten hätte nicht mehr im Eil- und Schnellzugdienst verwendet werden dürfen, sei nicht zutreffend, da Platzens Verhalten während der Probezeit eine solche Verwendung sehr wohl zuließ.

Gegenüber Bähr

führt die Urteilsbegründung aus, daß ihm gemäß Dienstordnung die Aufsicht über den Zug oblag; er mußte seine ganze Aufmerksamkeit dem Zuge und dem Fahrpersonal zuwenden, hatte den Signaldienst zu überwachen und aus darüber, daß das ihm unterstellte Personal die Signale beachte. Er trägt die volle Verantwortung für den Zug. Wenn er bemerkt, daß der Lokomotivführer nicht auf seinem Posten ist, hat er sofort eingzugreifen, um ein Unglück zu verhindern. Daß Bähr getrunken habe, hat die Verhandlung nicht ergeben; aber erwiesen sei, daß er das vorschriftswidrige Fahren des Zuges, das Unterlassen des Bremsens und des Dampfabstellens bemerkt, und trotzdem nicht eingegriffen habe. Er hat nach verschiedenen Seiten seine Obliegenheiten und Pflichten verletzt, und sich einer strafbar fahrlässigen Handlung schuldig gemacht.

Der dritte Angeklagte, Heizer Männle,

spielt eine untergeordnete Rolle. Er ist nur die Hilfskraft des Lokomotivführers, hat aber auch die Pflicht, einzugreifen, wenn ersterer dienstunfähig ist oder verlagert, ebenfalls hat er auf die Signale und die Strecke zu achten, was der Angeklagte unterließ.

Bei der Frage, ob sich Männle dadurch in strafbar fahrlässiger Weise schuldig gemacht, habe der Gerichtshof in Erwägung gezogen, daß Männle noch kein geübter Heizer war und darum war auch die Schuldfrage zu vernein. Der Antrag seines Verteidigers, auf Erlass der entstandenen Auslagen und der Verteidigungskosten, mußte abgelehnt werden, weil Männle doch immerhin, wenn auch nicht strafbar, Mitverschulden treffe. Dagegen wird der seine Anklage betreffende Kostenteil auf die Staatskasse übernommen.

Ohne sichtliche Unruhe zu zeigen, haben die Angeklagten Urteil und Begründung entgegengenommen. Im Namen des Angeklagten Platten stellt dessen Verteidiger Rechtsanwalt Käb den Antrag auf Aufhebung des Haftbefehls, mit der Begründung, daß Nachverhandlung nicht vorliege und Platzens Frau schwer krank darniederliege. Der Staatsanwalt widerspricht diesem Antrage, worauf Verteidiger Rechtsanwalt Käb die Haftentlassung gegen Kaution beantragt. Der Staatsanwalt stellt an die Haftentlassung die Bedingung einer Kaution von 3000 Mark.

Nach längerer Beratung lehnt das Gericht die bedingungslose Haftentlassung ab. Dieselbe kann nach Hinterlegung einer Kaution von 10 000 Mark erfolgen.

seinen Posten bekleidete überhaupt fähig, eine solche

hat als verantwortlicher Führer seine Pflichten und Verantwortlichkeiten in größlicher Weise vernachlässigt; bei der Fahrt hat er sich wiederholt gesetzt, was er selbst zugestanden, ist wiederholt eingeschlafen und hat den Zug seinem Lauf überlassen. Bei Augen unterließ er, den Dampf abzustellen und eine Bremsbremse vorzunehmen, auch die Notbremse nicht betätigt. Dem Angeklagten Platten wird ferner zur Last gelegt, daß er seinen Schlafzustand selbst verschuldet und nicht versucht hat, gegen den Schlafzustand anzukämpfen; und als er dies verpirte, den Zug nicht zum Anhalten gebracht oder den Heizer aufzufordern, den Zug zum Halten zu bringen. Das Gericht macht Platten den Vorwurf, daß er unterlassen, seine Kräfte zwei Tage vor dem Unglück zu schonen. Er hat die Dienstspausen statt zum Ausruhen zu verwenden, zum Wirtschaftsbetrieb verwendet. Als Pflichtvernachlässigung sei der Besuch der Wirtschaft in Offenburg am 16. Juli und derjenige in Basel am 17. Juli zu bezeichnen; auch seine ungewöhnliche Lebensweise hat mit Schuld an dem Eintreten der Schlafträgheit. Wenn er keinen Alkohol genossen, so wäre die Schlafträgheit zu vermeiden gewesen. Alle diese Pflichtverletzungen haben den Unfall verursacht und die Entgleisung herbeigeführt. Hätte Platten pflichtgemäß gehandelt, so wären keine Personen getötet und verletzt worden. Platten ist demgemäß, wie im Dispositiv bereits gesagt, zu verurteilen gewesen. Die Strafe mußte im Hinblick auf die Größe des Unglücks und in Berücksichtigung der Umstände, die im schriftlichen Urteil näher begründet werden, so bemessen werden; der Antrag der Staatsanwaltschaft, die Verurteilung der Fahrlässigkeit, weiter als Lokomotivführer verwendet zu werden, war abzuweisen.

Nr. 130
Redaktion
Tel. 48
Luitpold
Der „M...“
bekanntlich
Den jungen
Männern, gen
Zeugnis ist
jährig-freie
hatte.
jugendliche
6 Mk. Gel
machte nun
lungen, die
in den Ent
auf 6 Mk.
betätigte,
geflügelt
ter s, der
nicht nur
man Düwe
machen, je
Im S
das Abitu
Jahres un
kollegium
Prüfung
sei Anfa
wegen Ue
das Gesu
schwerde a
drittes, n
Geld er
Agf. Prot
III
Wie
rückfolgt
lichen Ra
Sie die
in Ihren
Bestand
gaben di
Mensch
erklärt
Reise ve
Weil
die Polze
flagte, we
falls nicht
Dem A
ang der A
verhältnis
Breiten
Staaten
Dieser ha
Nichtlast
bandsstaat
geflattet
sollen
sein!
Das
Dumell m
willig zu
Gem
22. Rabe
den einj
Bewerber
— Das v
derten g
vorziehen
tenheit
24. Jan
Übertret
mit 6 M
find. 7
gerichts
ist, das
hat, auf
der Weh
Freiwilli
der Vere
sprechen.
Seit L
schule in
würde sei
nach ein
schieines
undigung
eine Leber
suchte sch
der Prob
fungsform
ein ableh
merkt, daß
angeblid
lekes —
tenheit er
Der L
läufiger
seiner St
wenden.
tore der S
des Studi
Bel

verzüglich wieder aufzunehmen und rät von einem Generalstreik ab, da für den 30. Juni eine Arbeiter-Konferenz einberufen werden wird, die wichtige Beschlüsse fassen soll.

Brüssel, 6. Juni. Die Sozialdemokraten beabsichtigen, bei Wiederzusammentritt der Kammer einen Antrag behufs Revision der Verfassung einzubringen und zur Einführung des allgemeinen gleichen Stimmrechts. Sollte die Regierung diesem Vorschlag gegenüber sich ablehnend verhalten, so würde allerdings eine Streikbewegung im ganzen Lande organisiert werden.

Die Aufforderung des Generalrats der Arbeiter, die Arbeit wieder aufzunehmen, stößt teilweise auf lebhaften Widerspruch. Zahlreiche Telegramme aus der Provinz weisen darauf hin, daß die Arbeiter fest entschlossen seien, den Ausstand fortzusetzen zum Zeichen des Protestes gegen die blutigen Vorgänge in Lüttich. Es ist daher wahrscheinlich, daß der Beschluß des Generalrats in Brüssel nicht überall Gehör findet.

Brüssel, 6. Juni. Das sozialdemokratische Organ „Peuple“ veröffentlicht im Anschluß an die gestrige Sitzung des Generalrats einen Aufruf, in dem die Arbeiter aufgefordert werden, ohne Unterbrechung zur Erlangung des allgemeinen und gleichen Stimmrechts zu kämpfen. Es wird jedoch erklärt, daß es besser sei, jetzt nicht die Kräfte durch einen Ausstand unnützlich zu vergeuden.

Paris, 6. Juni. In Neumont (Nord-Departement) beschloßen gestern an 2000 belgische Arbeiter auf Aufforderung ihrer Landsleute, die Arbeit einzustellen. Sie überschritten in geschlossenem Zuge die Grenze, um an den Kundgebungen gegen den Wahlsieg der Katholiken teilzunehmen. Infolge des von der Leitung der belgischen Arbeiterpartei erlassenen Auftrages nahmen jedoch die Ausständigen die Arbeit in Neumont wieder auf.

Die Polizei zum zweitenmale im ungarischen Abgeordnetenhaus.

Budapest, 5. Juni. Nachdem in der Nachmittags-Sitzung, die um 4 Uhr ihren Anfang nahm, die Opposition erneut die Sitzung durch wilden Lärm störte und Präsident Tisza bereits dreimal die Sitzung suspendierte, rief er Polizei in den Saal, die in Stärke von 120 Mann erschien und die Opposition umzingelte. Es entstand ein Handgemenge. Der Polizeikommandant erhielt vom Präsidenten eine Liste von 21 Abgeordneten mit dem Auftrag, diese wegen Ruhestörung aus dem Parlamentsgebäude zu entfernen. Als erster wird Johann Juth, der Sohn des bekannten Führers, aufgefordert, den Saal zu verlassen. Dieser, der sich weigert und Graf Michael Karolvi, der ihm zu Hilfe eilt, werden mit Gewalt aus dem Saale entfernt. Inzwischen hat der Präsident zwei andere Abgeordnete notiert und es werden jetzt der Reihe nach 21 Mitglieder der Opposition aus dem Saale entfernt. Der evangelische Geistliche, Abg. Csiba, wurde verhaftet, weil er sich an den Polizisten tätlich verging. Die meisten Abgeordneten verließen den Saal ohne Widerstand. Dann eröffnete der Präsident von neuem die Sitzung. Wieder begann ein Lärmkonzert. Der Präsident suspendiert neuerdings die Sitzung und läßt durch die Polizei weitere 15 Abgeordnete hinausführen, was unter fürchterlichem Lärm geschieht. Als die Sitzung dann wieder eröffnet wird, wird der Präsident mit Hui-Rufen empfangen. Zum drittenmale schreitet die Polizei ein und es werden 38 Mitglieder hinausgeschafft. Unter der Führung Albert Apponhis verläßt hierauf der Rest der Opposition den Saal. Präsident Tisza stellt sich dem Hause zur Verfügung, es möge sein Verhalten beurteilen. Ein Antrag Elekfi, der das Vorgehen des Präsidenten billigt, wird hierauf unter stürmischen Zurufen mit 24 Stimmen angenommen. Sodann wird das Landwehrgesetz in I., 2. und 3. Lesung genehmigt und die Sitzung geschlossen.

Der Abgeordnete Geza Polonvi hat namens der Opposition Strafantrag gegen den Präsidenten Grafen Tisza und den Ministerpräsidenten wegen Urkundenfälschung und Verletzung der persönlichen Freiheit der Abgeordneten gestellt. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses steht das Militärstrafgesetz. In Wiener politischen Kreisen ist man durch die gestrige Abstimmung im ungarischen Abgeordnetenhause vollständig überrascht worden. Man war nicht darauf vorbereitet, daß es gelingen werde, die Wehrvorlage in der Form, wie es geschehen ist, durchzusetzen. Was nun die Ereignisse des gestrigen Nachmittags und die gewalttätige Entfernung der Opposition aus dem Abgeordnetenhause betrifft, so glaubt man hier, daß Graf Tisza damit den Bogen überspannt hat. Die Oppositionsparteien haben gestern abend beschlossen, in der heutigen Sitzung wieder vollständig zu erscheinen und dürfte abermals zu stürmischen Szenen kommen. Gestern abend herrichte in Budapest Ruhe, doch ist die ganze Garnison konfigniert.

Budapest, 5. Juni. Wegen der in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses verübten Unmüßigkeiten wurde auf Grund der Beweise des Immunitätsausschusses Julius Juth zur Ausweisung von weiteren 30 Sitzungen, im ganzen also von 45 Sitzungen, verurteilt. Polonvi, Levaszy und Ritner wurden von weiteren 15, im ganzen also von 25 Sitzungen, ausgeschlossen. 29 andere Mitglieder der Juth-, Kossuth- und der Volkspartei wurden von 15 Sitzungen ausgeschlossen. Die vier Abgeordneten Szalay, Hedervary, Herbath und Graf Michael Esterhazy sind, da sie zum ersten Male wegen Lärm zur Verantwortung gezogen wurden, verpflichtet, dem Haus Abbitte zu leisten.

Wien, 5. Juni. Der größere Teil der Wiener Presse beurteilt scharf das Vorgehen des Grafen Tisza im ungarischen Abgeordnetenhause und nennt sein Verhalten einen Frevel am Parlamentarismus, der noch unberechenbare Folgen haben könne.

Freiherr von Erffa erkrankt.

Böhmed, 6. Juni. Der Präsident des preussischen Abgeordnetenhauses, Freiherr von Erffa, erlitt auf seinem Schloß Wernburg einen schweren Schlaganfall und liegt seit Sonnabend bewußtlos darnieder. Schon zu Pfingsten fühlte sich Freiherr von Erffa nicht ganz wohl. Am vergangenen Sonnabend erlitt er einen derart schweren Schlaganfall, daß er bis heute das Bewußtsein nicht zurückerlangte. Wie aus Schloß Wernburg berichtet wird, ist zwar eine ganz leichte Besserung eingetreten, jedoch besteht wenig Hoffnung auf Wiedererlangung des Patienten.

Die Wahl Wermuths bestätigt.

Berlin, 5. Juni. Die Wahl des Staatssekretärs a. D. Wermuth zum Oberbürgermeister von Berlin ist vom Kaiser bestätigt worden.

Entschädigungen.

Breslau, 6. Juni. Dem Mangelmeister Boer in Lauban, dessen Sohn und Schwiegertochter im Jahre 1911 bei einem Aufstande in Cavabongo in Mexiko ermordet wurden, sind jetzt von der mexikanischen Regierung durch die Kreisasse Lauban 50 000 Mk. als Sühne ausgezahlt worden. Die in Kawitsch lebende Mutter der getöteten Frau Boer erhielt 40 000 Mk. ausgezahlt.

Keine Nachtrube für die Bäcker.

Haag, 5. Juni. Die zweite Kammer lehnte mit 49 gegen 42 Stimmen den Gesetzentwurf ab, der den Bäckern die Nachtrube zusichert.

Russisches.

Petersburg, 6. Juni. Der Sekretär des Taubstummen-Kuratoriums wurde wegen Unterschlagung von 200 000 Mark Kuratoriumsgeldern, die durch freiwillige Spenden aufgebracht worden waren, zum Verlust aller Rechte und fünfjähriger Zwangsarbeit verurteilt.

Marokko.

Fez, 5. Juni. Die Stämme haben die Einschließung der Stadt nach der Zerstörung ihres Lagers durch die Kolonne Gourand aufgegeben. Alle Nachrichten, die an die Militärbehörden gelangt sind, bestätigen, daß die Verluste der Garfa in der letzten Schlacht außerordentlich groß waren. Die Zahl der Toten wird mit 700 bis 800 angegeben. Der Anführer der feindlichen Stämme, Hadjani, hat die Flucht ergriffen. Er hält sich in den höher gelegenen Dickichten des Sumpfes Sebu auf. Eine neue Garfa hat sich etwa 20 Kilometer nordöstlich von Fez gebildet. Sie besteht hauptsächlich aus Djebala und aus Ueberresten der letzten Garfa, ist aber nicht so stark, als diese letzte. Boten sind ausgesandt worden, um Erkundigungen einzuziehen, was diese Garfa beabsichtigt.

London, 5. Juni. Die französische Militärverwaltung in Fez hat einige 20 eingeborene Studenten, die sie für Rebellen hielt, inummatisch erschießen lassen, ohne ihnen die gewünschte Gelegenheit zum Danton ihrer Unschuld zu lassen.

Zum englischen Transportarbeiterstreik.

London, 5. Juni. In Beantwortung einiger Fragen machte Lloyd George heute im Unterhaus längere Mitteilungen über den Streik und erklärte, daß, obwohl noch viele schwierige Fragen offen blieben, eine Verlängerung des Streiks doch nicht wahrscheinlich sei. Die Bedingung für die Wiederaufnahme der Arbeit, daß nur organisierte Arbeiter eingestellt werden dürften, werde anscheinend von den Leuten selbst nicht aufrecht erhalten. Bei einiger Mäßigkeit auf beiden Seiten würden nur geringe Schwierigkeiten bestehen, um einen Weg für eine Beilegung im-

Guten zu finden. Man müsse jedoch bestrebt sein, eine dauernde Ruhe im Hafen herzustellen und das Ziel müsse die Bildung einer aus Vertretern der Arbeiter und Arbeitgeber bestehenden Kommission sein, die das Recht besitzen müsse, alle strittigen Fragen zu erledigen.

Der italienisch-türkische Krieg.

Benhasi, 6. Juni. Ein lenkbare Luftschiff hat heute das feindliche Lager überflogen und mehrere Bomben hineingeschleudert, die alle im Lager selbst explodiert sind.

Vereinsanzeiger.

- Karlsruhe. (Arbeiter-Radfahrer-Verein.) Unsere Mitglieder zur Kenntnis, daß jeweils Mittwochs unsere Abendausfahrten stattfinden. Abfahrt 7/8 Uhr vom Strießerdenkmal aus. 8475 Der Vorstand.
Karlsruhe. (Gesangverein „Gleichheit“.) Heute Freitag punkt 9 Uhr: Singstunde. Sonntag, 9. Juni: Mitwirken beim Gärtenfest des 41. Landtagswahlbezirks im „Burgdorf“-Garten. Es ist Pflicht der Sänger, vollständig und pünktlich bei beiden Veranstaltungen zu erscheinen. 8460
Karlsruhe. (Gesangverein „Harmonie“.) Diejenigen Damen, die gewillt sind, sich an unserer gemischten Chor zum Städtischen Gärtenfest zu beteiligen, werden ersucht, Sonntag nachmittag 4 Uhr in unserem Lokal zum „Philister“ sich einzufinden zur näheren Besprechung. Von 7 Uhr ab Zusammenkunft der Mitglieder bei Fritz zum „Lübli“. 8450
Auch machen wir nochmals auf die Samstagabend stattfindende Mitgliederversammlung aufmerksam. Der Vorstand. 8463
Karlsruhe-Mühlburg. („Bruderdand“.) Heute und Montagabend: Singstunde. 8464
Rintheim. (Sozialdem. Verein.) Am Samstag, den 8. d. M., abends 7/8 Uhr: Monatsversammlung im Lokal. 8466
Durlach. (Gesangverein „Freiheit“.) Am Freitag, 7. Juni, abends 7/8 Uhr, beginnen unsere regelmäßigen Singstunden wieder. Es ist Pflicht jedes Sängers, auch der neu angemeldeten, pünktlich zu erscheinen. 8468
Rotenfels. (Deutscher Metallarbeiter-Verein.) Morgen, Samstag, Mitgliederversammlung im „Dirsch“. 8461
Offenburg. (Sozialdem. Verein.) Samstag, 8. Juni, im Vereinslokal: Vereinsversammlung. Vortrag: „Warum gründen wir Arbeitervereine?“ Referent: Offenburg-Sträßburg. Bericht von der Vorschlagsberatung und die Oberbürgermeisterwahl. Zahlreiches Erscheinen der Genossen und Genossinnen wird erwartet. 8470

Wasserstand des Rheins.

7. Juni. Schusterinsel 2.55 m, gef. 6 cm, Kehl 3.35 m, gef. 3 cm, Magau 4.92 m, gef. 4 cm, Mannheim 4.24 m, gef. 5 cm.

Briefkasten der Redaktion.

E. in S. Rechnung Nr. 1 ist richtig. Bei Rechnung Nr. 2 erhält R. den Rest, weil 3/4 einen größeren Bruchteil darstellen als 1/2.
A. S. in G. Die Adresse ist uns nicht bekannt; es dürfte aber genügen, wenn Sie adressieren: Brasilianische Gesandtschaft in Berlin.

Extra billiger Schuhwaren-Verkauf

Table with shoe types and prices: Art. 8077 Schwarz, echt Chevreaux, Derbyschnitt, Americ. Façon 5.95; Damen-Halbschuhe 7.50; Art. 8070 Braun, echt Chevreaux, Derbyschnitt, moderne Form 7.50; Art. 7221 Herren-Schnürstiefel, schwarz Derby Elegante Form nur 5.95; Damen- u. Herren-Stiefel 6.50; Art. E 13 u. 8228 Herren-Schnürstiefel, schwarz mit und ohne Lackkappe nur 6.95; Damen-Schnürstiefel, schwarz mit amer. Absatz nur 7.50; Art. E 95 drahtgenähte Sohle und Fleck 31-35 2.25, 36-42 2.65; Art. Mf. mit genähter Sohle und Fleck 27-30 2.85, 31-35 2.98, 36-40 3.75.

C. Korintenberg Karlsruhe Kaiserstr. 118.

Beachten Sie meine Schaufenster.

Pfannkuch & Co Salat-Öl Liter 90 Pf. an

Pfannkuch & Co Uhren reparaturen. Anerkannt beste und billigste Reparaturwerkstätte seit 100 Jahren.

Stadt. Vierordtbad Kohlsäurebäder und elegante Wannenbäder. I., II. und III. Klasse.

Sahrrad, fast noch neu ist ein Fahrrad, best. Mühlburg, Bachstraße 58, 3. Stod links.

Side text from adjacent page containing various notices and advertisements.

Strebt sein, eine d. das Ziel müßte Arbeiter und Ar. wie das Recht be. ledigen.

Krieg.
Schiff hat heute mehrere Bomben explodiert sind.

untern Mitgliedern unsere Abendstunden vom Kriegesdenk. Der Vorstand. Heute Freitag punkt 8 Uhr im „Burghof“. 8460
Diejenigen Damen, Chor zum St. Sonntag nach „Hilf“ sich einzuf. 7 Uhr ab Zulauf. 8450
Die Samstagabend. 8460
Der Vorstand. 8460
Freitag, den 8. d. M. 8460
Freitag, 7. Juni. 8460
Regelmäßigen Sing. 8460
Rosen. 8460
8. Juni, im Ver. 8460
Referent: Offiz. 8470
reiches Erscheinen. 8470

Sport-
Loden-Anzüge v. Mk. 19.— an Loden-Pelzinnen, Bozener Mäntel (echte Münchener Konfektion), Berg-Stiefel Rindl. v. Mk. 12.50 an. Rucksäcke v. Mk. 2.— an. Aluminiumartikel. Billigste Preise infolge geringer Spesen, gute sportmässige Qualitäten.

Sport-Beier
Kaiserstr. 174, b.d. Hirschstr. Mitglied des T.-V. „Die Naturfreunde“. 7183

Verkaufe
schöne getragene Damenkleider, sowie auch schöne neue Herren- und Damenkleider. 8467
D. Turner, Scheffelstr. 64.

Gelegenheitskauf.
Wegen sofortiger Räumung werden neue und gebrauchte Betten billig abgegeben. 8472
W. Helm Doll, Kaiserallee 45.

Hausfrauen
kaufen mit Vorliebe Kaffee, Thee, Kakao bei der Emmericher Waaren-Expedition Kaiserstr. 152 Tel. 1500

Wirtschaft zum Pfannenstiel
Durlacherstr. Morgen Samstag Schlachttag, wozu einladet Johann Köll, Metzger u. Bier. Morgen Samstag abend Schweinsknöchel u. Rippchen mit Kraut. 8478

Hund
oder Hundefund, ist billig zu verkaufen. 8478
Leicht, Forchheim. 8465

Wäsche
zum wasch., sägeln u. fäden wird von rein. Baldfrau angenommen. 8478
Augartenstr. 58, St. 1.

Wäsche
zum wasch., sägeln u. fäden wird von rein. Baldfrau angenommen. 8478
Augartenstr. 58, St. 1.

Wäsche
zum wasch., sägeln u. fäden wird von rein. Baldfrau angenommen. 8478
Augartenstr. 58, St. 1.

Wäsche
zum wasch., sägeln u. fäden wird von rein. Baldfrau angenommen. 8478
Augartenstr. 58, St. 1.

Während der Messe Sonder-Preise!

Herren-Lüster-Joppen Mk. 2.50 bis 16.00
Leinen-Joppen Mk. 1.15 bis 8.50
Knaben-Wasch-Anzüge Mk. 1.75 bis 12.00
Knaben-Hosen und -Blusen Mk. 0.75 bis 4.00
Nur Adlerstrasse 18a. 8449 E. Hahn.

Fussballclub
e. V.

Sportplatz links der Rheintalbahn entlang. Telephon 1338. Dienstag und Freitag: Übungsabend für Leichtathletik. Mittwoch: für Fussball.
Sonntag, den 9. Juni 1912 auf unserem Platze:
I. Mannsch. gegen F.-C. Fürtch I Beginn 3 1/2 Uhr. 8478
II. Mannsch. gegen F.-C. Mühlburg II. Beginn 2 Uhr.
III. Mannschaft gegen Viktoria Durlach I. Beginn 5 Uhr.
Nach den Spielen Zusammenkunft im Klubhaus.
Freitag, den 7. Juni: Monatsversammlung im Löwenrachen.

Pfannkuch & Co

Frisch eingetroffen unsere ersten Waggon
Neue gelbe Italiener Kartoffeln
3 Pfund 35 Pfg.
10 Pfund 1.10
Zentr. 10 Mark.
2 weitere Waggon
Neue Malta-Kartoffeln
3 Pfund 42 Pfg.
10 Pfund 1.35

Neue Matjes-Seringe
Stück 12 Pfg.

Neue Bismarck-Seringe
aus frischen Fischen
Stück 10 Pfg.
4 Liter 2.80 Mark.
Dose

Solländer Schlangen-Gurken
Stück 25 und 30 Pfg. 8830

Pfannkuch & Co
G. m. b. H. In den bekannten Verkaufsstellen

Wir suchen
in allen Orten firebsame Personen aller Stände, zur Uebernahme einer Versandt. Streng reelle Sache, pass. für jederm.; feinerlei Kenntnisse nötig. Das Geschäft wird von uns kompl. eingerichtet. Große Kellere auf unsere Kosten. Sofort großer Umsatz u. gut. Verdienst. Kapital nicht erforderl. Risiko ausgeschlossen. Auch ohne Aufgabe des Berufes zu betreib. Auskunft kostenlos. Man schreibe Postkarte unt. „Strebsam“ Daube & Co., Köln a. Rh. 8463

Hühner zu verkaufen.
Wegen Ueberfl. gebe ab: 6-8 schwarze Minorca, 6-8 rebhuhn. Italiener, junge Hühner und Entenküken mit und ohne Gluden. Näheres bei Ludwig Leicht, Forchheim. 8465

Hühner zu verkaufen.
Wegen Ueberfl. gebe ab: 6-8 schwarze Minorca, 6-8 rebhuhn. Italiener, junge Hühner und Entenküken mit und ohne Gluden. Näheres bei Ludwig Leicht, Forchheim. 8465

Hühner zu verkaufen.
Wegen Ueberfl. gebe ab: 6-8 schwarze Minorca, 6-8 rebhuhn. Italiener, junge Hühner und Entenküken mit und ohne Gluden. Näheres bei Ludwig Leicht, Forchheim. 8465

Hühner zu verkaufen.
Wegen Ueberfl. gebe ab: 6-8 schwarze Minorca, 6-8 rebhuhn. Italiener, junge Hühner und Entenküken mit und ohne Gluden. Näheres bei Ludwig Leicht, Forchheim. 8465

Fortsetzung
des ausserordentlich billigen Verkaufes in

Strümpfen, Handschuhen, Trikotagen 8461
und
Damen- und Kinder-Hüten

Benützen Sie diese seltene Gelegenheit!

Geschwist. Knopf.

Billiges Buchangebot der Buchhandlung Volksfreund.

Krieg dem Kriege!

So lautet der Kampfruf, den die berühmte Romanschriftstellerin und Vorkämpferin des Friedensgedankens **Bertha von Suttner** nachvoll. erdienen läßt. Ihr Buch:

Die Waffen nieder!

zugleich ein fesselnder, umfangreicher Lebensroman voll atemloser Spannung, wirkt auf die ganze zivilisierte Welt, wie selten ein Schriftwerk; es wurde binnen kurzem in Hunderttausenden von Exemplaren verschlungen und mit Recht kürzlich als **Kulturart des ersten Ranges durch den Nobelpreis des Friedens ausgezeichnet.** — Noch nie sind so schmerzlos

die Verbrechen des Militarismus an den Pranger

gestellt, noch nie so packend und naturgetreu die Opfer und Verheerungen moderner Kriegsführung geschildert, noch nirgends in so grandiosem Stil so kraft und realistisch die einzelnen Phasen der Schlacht, die einschlichen Folgen des „Krieg“ genannten Massenmordes für die Menschheitskultur, Gemütsverrohung, Familienelend, Seuchen und Stechimm, finanzieller Ruin ganzer Generationen usw. hingemalt worden, wie in diesem Buch einer Frau, die darin dem tiefsten Empfinden von Millionen Ausdruck gab und die auch in den Herzen von Millionen begeisterten Widerhall findet.

Enorme Preisermäßigung!

Durch einen großen Abbruch sind wir in der Lage, das berühmte Werk, dessen zweibändige, nur etwas besser ausgestattete Ausgabe noch heute Mk. 6.— resp. Mk. 8.— kostet, für nur **60 Pfg. broschiert, in Leinen gebunden Mk. 1.—** anzubieten.

Alle im „Volksfreund“ aufgeführten Bücher und Brochüren können zu Originalpreisen von unserer Geschäftsstelle bezogen werden.
Grosser Vorrat in Parteiliteratur.

Aufforderung.
Auf 1. Juni 1912 ist das Schulgeld für die
Goetheschule
Humboldtshule
Lessingshule
Fichtelschule
Oberrealschule
Realschule
für das 8. Tertial 1911/12 (Oftern bis Herbst 1912) und für die
Knabenborshule
Fächterschule und
Bürgerhule
für das 1. Vierteljahr 1912/13 (28. April bis 28. Juli 1912) zur Zahlung fällig.
Die Zahlungspflichtigen werden deshalb aufgefordert, das verfallene Schulgeld bis längstens 15. Juni 1912, unter Vorlage der neuesten Forderungszettel, anher zu entrichten.
Karlsruhe, den 5. Juni 1912.
Schulaffe. 8458

Kartoffeln
italienische
3 pfd. 30
sowie täglich frische
Erdbeeren
unter Marktpreis
empfehlen 8462

Feuerversicherung.
Deutsche Feuerversicherungs-Gesellschaft mit bedeutendem Platzgeschäft sucht tücht. Hauptagenten gegen hohe Provision und evtl. Fixum. Offerten unter A. 1996 an Haasenstein & Vogler, A.-G., Karlsruhe, erbeten. 8457

Kofferhaus
Geschwister Lämmle
51 Kronenstr. 51

Rucksäcke
für Kinder u. Erwachsene in jeder Preislage. 8172
Hlandstr. 12 ist eine schöne Mansarden-Wohnung v. 2 Zimmern, Küche, Keller, Koch- und Leuchtgas auf 1. Juli an kinderloses Ehepaar zu vermieten. Zu erfragen im 1. Stod. 8804

Kleiner Herd, sehr gut erb., ist sof. billig zu verl. Goethestr. 17. III. r.

Hugo Landauer

Kaiserstr. 145

Karlsruhe

Kaiserstr. 145

Damen-Confection

bedeutend im Preise ermässigt.

5 Ausnahme-Preise

für
Mousselin-Blusen
2⁹⁰ 3⁴⁰ 4⁹⁰ 5⁹⁰ 5⁰

5 Ausnahme-Preise

für
Farb. Wasch-Blusen
9⁰ 1²⁰ 2²⁰ 3²⁰ 4²⁰

5 Ausnahme-Preise

für
Weisse Batist u. Voile-Blusen
1⁹⁵ 2⁹⁵ 3⁹⁵ 4⁹⁵ 7⁵⁰

Damen-Costume

auf Seide, englischer Geschmack
19⁵⁰ 24⁰⁰ 32⁰⁰

Damen-Costume

auf Seide, marineblau, Kammgarn
22⁵⁰ 32⁰⁰ 45⁰⁰

Weisse Stickerei-Kleider

mit Einsätzen und Faltchen-Garnitur
9⁷⁵ 15⁰⁰ 22⁰⁰

Mousselin-Kleider

reich garnierte moderne Fassons
19⁷⁵ 24⁰⁰ 32⁰⁰

Weisse u. farb. Voile-Kleider

mit Klöppeleinsätzen und Banddurchzügen
12⁰⁰ 19⁰⁰ 24⁰⁰

Damen-Paletots

in englischem Geschmack
6⁹⁰ 9⁵⁰ 16⁵⁰ 24⁰⁰

Damen-Paletots

dunkelblau Kammgarn
9⁵⁰ 16⁵⁰ 22⁰⁰ 28⁰⁰

Leinen-Costüm-Röcke

Leinenrock imit. mit Klöppeldurchsätzen 2⁴⁰
Leinenrock imit. mit Knöpfen und Durchsätzen 5²⁵
Eleg. Leinenröcke allerneueste Fassons 7⁵⁰ 9⁵⁰ 12⁵⁰

Besonders preiswert

ein Posten

Seidene Damen-Blusen

in verschiedenen modernen Fassons Stück 8⁵⁰

Kostüm-Röcke

Englischer Geschmack 4⁷⁵ 3²⁵ 2⁷⁵
Englischer Geschmack elegante Fassons 12⁵⁰ 9⁵⁰ 7⁵⁰
Kammgarn blau und schwarz 6⁹⁵ 8⁵⁰ 12⁵⁰

Arbeiter-Radfahrer-Verein Karlsruhe.

Sonntag, den 9. Juni veranstaltet der Arb.-Radfahrer-Verein im Schrenpp'schen Bierkeller, Weiherheimer Allee, ein



Gartenfest

verbunden mit Kegelspiel, Blattenwerfen, Preis-schießen etc. anschließend Tanz-Unterhaltung. Unsere verehrlichen Mitglieder sowie Freunde und Gönner unseres Vereins eruchen wir höflichst an obiger Veranstaltung recht zahlreich teilzunehmen zu wollen.
J. U.: Der Vereinsauschuss.

Kegelfreunde

sind zu dem am Samstag den 8., Sonntag den 9. und Montag den 10. Juni, im „Gottesauer Schlöschchen“ stattfindenden

Preisregeln

freundlichst eingeladen. — Es stehen 10 wertvolle Preise zur Verfügung.

Briefstauben-Verein „Blitz“ Karlsruhe.

Grosse Allgemeine Hunde-Schau für Hunde aller Rassen

verbunden mit
Spezialschau für Zwerghunde aller Rassen
veranstaltet vom I. Bad. Kynologischen Verein (E. V.), Sitz Karlsruhe.

Sonntag, den 9. Juni 1912 in der städtischen Ausstellungshalle Karlsruhe.

Kompetente Richter. — Schöne und zahlreiche Ehrenpreise. Diplome gratis. — Standgeld 3 Mk. 50 Pfg. Aussteller frei.

Eintritt: vormittags (von 7—9 und 11—1 Uhr) 50 Pfg., nach 1 Uhr 30 Pfg.

Programme durch A. Oeftering, Karlsruhe, Luisenstr. 28. Eigene und Spratt's Patent Ausstellungsboxen. 8451. Fütterung durch Soratt's Fleischfaser-Hundekuchen.

Arbeiter-Radfahrer-Verein Söllingen.

Die Bezirksleitung beruft auf Samstag den 8. ds. Mts., abends halb 9 Uhr, eine

außerordentl. Mitgliederversammlung

ein. Der wichtigen Tagesordnung halber ist es Pflicht jeden Mitglieds daran teilzunehmen.

Die Bezirksleitung.

Groß. Bad. Lotteriejahresnehmer

Preuß.-Südd. Klassenlotterie

Ludwig Götz, Hebelstraße 11 (beim Rathaus)

Loose sind nunmehr erhältlich zur I. Klasse Ziehung 10. u. 11. Juli

1/4 Los 40.— 1/2 Los 20.— 3/4 Los 10.— 1/8 Los 5.—

Auswärtige Besteller wollen 15 Pfg. für Porto beifügen und für I. Liste 8 Pfg. mehr. 8471

Bekanntmachung.

Von Montag, den 3. Juni bis mit Samstag, den 8. Juni 1912, wird die mechanische Reinigung des Wasserrohrstranges in der Karlstraße und in der Karl-Friedrichstraße während der Nachtstunden vorgenommen, beginnend abends 9 Uhr.

Während der Dauer dieser Arbeiten lassen sich Trübungen des Wassers auch in entfernteren Rohrleitungen nicht ganz vermeiden; außerdem ist das Ausbleiben des Wassers während dieser Zeit, namentlich in den höher gelegenen Stockwerken, im ganzen Stadtgebiet nicht ganz ausgeschlossen.

Ferner machen wir insbesondere darauf aufmerksam, daß bei Benutzung von Badeöfen entsprechende Vorsicht angewendet werden muß. Es empfiehlt sich dringend darauf zu achten, ob dem in Benutzung genommenen (brennenden) Badeofen auch tatsächlich Wasser entströmt; beim Aufhören des Ausfließens des Wassers ist sofort die Heizung abzustellen, bezw. die Gashähne zu schließen.

Von dem bei dieser Arbeit notwendig werdenden persönlichen Abstellen der Wasserleitungen in den einzelnen Straßen werden wir den betreffenden Wasserabnehmern vorher noch besonders Kenntnis geben.

Städtische Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke.

8-10 selbständige Blattenleger

gesucht.

Paul Partes, Mannheim, H. 5, 19.

Demnächst erscheint im Verlage der Benossenschafts-Druckerei Freiburg

Die sozialdemokratische Gefahr in Baden

Betrachtungen zur politischen Scharfmacherei des badischen Zentrumsführers Geißl. Rats Th. Wacker

von A. Weißmann, Redakteur der Freiburger „Volksmacht“

Inhalt: Persönliches — Wacker und die Rationalisten — Der Kampf um das gleiche und direkte Wahlrecht — Herunter mit den Rationalisten — Der erste Großblock — Der Wacker'sche Wahlkampf — Die Reichsfinanzreform und die letzten Landtagswahlen — Gegen die Sozialdemokratie und ihre Verbündeten — Wie Herr Wacker die sozialdemokratische Gefahr bis 1907 anfaß — Die Ravensburger Rede — Die wirtschaftliche Entwicklung Badens — Die sozialdemokratische Bewegung — Der Entscheidungskampf zwischen Zentrum und Sozialdemokratie. — Die Landtagswahlen von 1913

Preis 25 Pfg.

Bestellungen nimmt schon jetzt die Buchhandlung „Volksfreund“ in Karlsruhe entgegen.